A24

Antrag

Initiator*innen: Said Ettejjari (KV Segeberg)

Titel: **Solidarität und Menschlichkeit statt Pauschalisierung und Abschottung**

Antragstext

Mit dem Wahlsieg der CDU zieht auch eine mögliche Verschärfung des Asylrechts und der Migrationsdebatte in die nächste Regierung. Der Wahlkampf war geprägt von einem Abschiebungswettbewerb, rechtlich-fragwürdigen und unmenschlichen Forderungen. Merz’ Fünf-Punkte-Plan, gebilligt von AfD, FDP, und BSW, könnte jetzt Wirklichkeit werden. Umso wichtiger wird eine geeinte Zusammenarbeit für eine humane, realistische, und faktenbasierende Migrations- und Asylpolitik.

Leider hat auch unsere grüne Asylpolitik während des Wahlkampfs an Schärfe verloren. Einige öffentliche Pläne und Vorschläge verstoßen direkt gegen die Beschlusslage unserer Partei. Robert Habeck’s 10-Punkte-Plan findet sich immer noch auf unserer Website. Wir möchten mit diesem Antrag ein deutliches Signal gegen die Versicherheitlichung der Migrationsdebatte senden. Wir möchten eine humane und faktenbasierte Politik machen, die die Komplexität der Realität anerkennt und nicht populistischen Forderungen nachgibt.

In unserer grünen Landesregierung zeigen wir regelmäßig, wie eine solche Asylpolitik funktionieren kann, auch in einer Koalition mit der CDU. Auch wenn unsere Mittel limitiert sind, setzen wir uns weiter für Menschlichkeit ein. Als Grenzgebiet sind wir besonders von populistischen Forderungen betroffen.

1. Gegen Grenzkontrollen, für ein offenes, humanes Europa.

Wir haben eine humanitäre und historische Verantwortung, Menschen auf der Flucht Schutz zu bieten. Das teilt auch die große Mehrheit der Deutschen. Durch

permanente Grenzkontrollen und dem Generalverdacht von Flüchtlingen werden wir diesem Anspruch nicht gerecht.

Pauschale Grenzkontrollen sind eine populistische Forderung der AfD, die jetzt auch die CDU übernommen hat. Ähnlich basieren auch die temporären Kontrollen durch Nancy Faeser auf pauschalisierenden Falschannahmen und wurde von Teilen unserer Partei unterstützt und mitgetragen.

Temporäre oder permanente Grenzkontrollen schaffen weder Sicherheit, noch verhindert sie ungewollte Einreisen – das bestätigt die Forschung regelmäßig. Es ist eine Symbolmaßnahme, denn die meisten undokumentierten Menschen reisen legal ein.

Grenzkontrollen widersprichen unsere europäische Einigkeit und Freihandel. Vor allem permanente Kontrollen stehen gegen dem deutschen und europäischen Recht. Sie sind praktisch immer schwieriger umsetzbar und binden Finanzen und Personal, das besser in funktionierende Maßnahmen investiert werden kann.

Solche Forderungen beruhen auf einer Pauschalisierung von migrierenden Menschen als Sicherheitsrisiko. Migrantinnen mit oder ohne Aufenthaltsgenehmigung stellen kein höheres Sicherheitsrisiko dar als andere Menschen.

Hiermit stellen wir uns deutlich hinter mehrere grüne Landesverbände, die den temporären Grenzkontrollen oder deren Ausweitung entgegenstehen. Stattdessen heißen wir migrierende Menschen willkommen ohne die Grundannahme der unerlaubten Einreise. Für diese Positionen machen wir uns innerhalb unserer Partei und im Bundesrat stark.

2. Gegen Versicherheitlichung und Abschiebungswettbewerb.

Der Wahlkampf und TV-Duelle waren geprägt von einem Wettbewerb, welche Partei mehr abschieben kann. Die öffentliche Debatte vermischt durchgehend Sicherheit und Migration ohne faktische Basis dafür. Das kritisieren unsere LAGs und BAGs regelmäßig. Darunter leiden Asylsuchende und alle Menschen mit Migrationshintergrund, die unter Generalverdacht gestellt werden.

Auch innerhalb unserer Partei gab es Versuche, diesen Diskurs als pragmatische Lösung zu positionieren. Einige Vorstoße passierten ohne Absprache, gegen Beschlusslage, und mit Kritik der LAG und BAG für Migration. Mit diesem Antrag möchten wir uns als Landesverband und Landesfraktion dafür einsetzen, dass wir für eine humane Asylpolitik stehen und das auf Bundesebene weiterführen. Wir schließen uns nicht der populistischen Versicherheitlichung der Debatte an.

3. Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetz.

Wie kein anderes steht das Asylbewerberleistungsgesetz für fehlende Humanität und falschen Migrationsverständnis. Das Gesetz wurde 1993 eingeführt, um Flüchtlinge “abzuschrecken.” Wie erwartet, hat es nicht zu geringeren Fluchtzahlen geführt. Stattdessen leiden die darunter fallenden Menschen an Diskriminierung, gesundheitlichen Problemen und weniger Integrationsmöglichkeiten. Im Gegensatz zu den Leistungen für deutsche Staatsbürger gibt es ein willkürliches Existenzminimum, unflexible (Sach)Leistungen, fehlende Mehrbedarfen, und fehlende Arbeitsförderungen.

In unserem Bundestags-Wahlprogramm 2021 haben wir uns bereits für eine Abschaffung eingesetzt. Diese Forderung verschwand jedoch in unserer aktuellen Fassung. Als Partei möchten wir für eine gerechte Eingliederung und Integration von Asylbewerbern stehen, die nicht diskriminiert. Die Erfahrungen mit Ukrainerinnen zeigt, dass schnelle Arbeitsmarktzugang und Förderung von Geflüchteten ohne das AsylbLG besser für alle ist.

Mit unserem Landesverband machen wir uns stark, dass dieses Thema wieder ein zentraler Punkt unserer Migrationspolitik wird. Dafür arbeiten wir mit anderen Landesverbänden zusammen.

4. Unser Einsatz auf Bundesebene.

Der Afghanistan-Grunderlass ist ein gutes Beispiel, dass wir Humanität und längerfristige Perspektiven in unserer Asylpolitik bringen können. Trotz des Einsatzes unserer Landtagsfraktion und Landesregierung sind unsere Mittel limitiert und auf das BMI angewiesen.

Konkret fordern wir das BMI und die Bundesregierung auf, den Weg für die Landesaufnahmeanordnung sowie die Verlängerung des Abschiebestopps für Ezidinnen freizugeben. Im gleichen Sinne unterstützen wir Vorschläge für flexible Heimatreisen ohne Aufenthaltsverlust für Syrerinnen, denn ihre Beiträge für unsere Gesellschaft sind unermässlich.

Wir arbeiten weiter auf diese Ziele und setzen uns dafür im Bundesrat ein. In Kooperation mit anderen Bundesländern und grünen Landesverbänden möchten wir den Druck für unsere Ziele beim BMI aufrechterhalten.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Wird nachgereicht

Unterstützer*innen

Séverine Petersen (KV Lübeck), Ocean Renner (KV Nordfriesland), Luca Moriconi (KV Pinneberg), Jesper Ole Berg (KV Lübeck), Markus Zipper (KV Lübeck), Birte Duggen (KV Lübeck), Sebastian Syrbe (KV Lübeck), Janine Mehlhorn (KV Lübeck), Tobias Preß (KV Lübeck), Fides Münstermann (KV Lübeck), Johanna Helbing (KV Lübeck), Annegret Kranz-Kniesel (KV Lübeck), Anna Maria Ehlers (KV Lübeck), Dinerzad Bauer (KV Lübeck), Axel Rasmussen (KV Nordfriesland), Andreas Bartelt (KV Segeberg), Philipp Kowalski (KV Lübeck), Antje Schüren (KV Lübeck)